

**Zahlen, Daten, Fakten**

**Strukturdaten und -indikatoren  
Agentur für Arbeit Duisburg**



**Bundesagentur für Arbeit**  
Statistik

## Impressum

<b>Reihe:</b>	Zahlen, Daten, Fakten
<b>Titel:</b>	Strukturdaten und -indikatoren
<b>Region:</b>	Agentur für Arbeit Duisburg
<b>Berichtsmonat:</b>	Mai 2010
<b>Periodizität:</b>	halbjährlich
<b>Erstellungsdatum:</b>	06.07.2010
<b>Herausgeber:</b>	Bundesagentur für Arbeit Statistik
<b>Rückfragen an:</b>	Statistik-Service West Josef-Gockeln-Str. 7 40474 Düsseldorf
<b>E-Mail:</b>	<a href="mailto:Statistik-Service-West@arbeitsagentur.de">Statistik-Service-West@arbeitsagentur.de</a>
<b>Hotline:</b>	01801 78722 70 <sup>*)</sup>
<b>Fax:</b>	01801 78722 71 <sup>*)</sup>

<sup>\*)</sup> 3,9 Cent je Minute aus dem Festnetz der Deutschen Telekom. Bei Anrufen aus Mobilfunknetzen höchstens 42 ct / min.

## Weiterführende statistische Informationen

**Internet:** <http://statistik.arbeitsagentur.de>  
Register: "Statistik nach Themen"  
<http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/interim/statistik-themen/index.shtml>

**Zitierhinweis:** Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Zahlen, Daten, Fakten: Strukturdaten und -indikatoren; Agentur für Arbeit Duisburg, Nürnberg, Juli 2010

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Der Inhalt unterliegt urheberrechtlichem Schutz.

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit genauer Quellenangabe gestattet.

Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte vorbehalten.

## Überblick: Strukturdaten

Agentur für Arbeit Duisburg

Merkmale	Nordrhein-Westfalen	Agentur für Arbeit Duisburg	Kreis	
			Duisburg, Stadt	
	1	2	3	
<b>Bevölkerungsstatistik</b> (Stichtag 31.12.2008)				
Bevölkerung insgesamt	17.933.064	494.048	494.048	
Männer	8.746.419	242.362	242.362	
Frauen	9.186.645	251.686	251.686	
Ausländer	1.886.864	81.929	81.929	
unter 25 Jahre	4.646.388	124.289	124.289	
25 bis unter 50 Jahre	6.329.646	171.446	171.446	
50 Jahre und älter	6.957.030	198.313	198.313	
im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre)	11.764.735	320.600	320.600	
Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-) im Jahresverlauf	-39.579	-1.955	-1.955	
Überschuss der Zu-(+) bzw. Fortzüge (-) im Jahresverlauf <sup>1)</sup>	-23.910	-676	-676	
Bevölkerungsdichte (Einwohner/km <sup>2</sup> )	526	2.122	2.122	
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder</b> (Jahressummen 2007) <sup>2)</sup>				
Bruttoinlandsprodukt (in Millionen Euro)	505.880	X	13.405	
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner (in Euro)	19.104	X	15.738	
<b>Beschäftigungsstatistik</b> (Stichtag 30.06.2009; vorläufige Ergebnisse) <sup>3)</sup>				
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Arbeitsort)	5.766.861	157.016	157.016	
dar. Primärer Sektor	26.473	85	85	
Sekundärer Sektor	1.762.887	50.991	50.991	
Tertiärer Sektor	3.977.092	105.933	105.933	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Wohnort)	5.675.245	146.577	146.577	
Pendlersaldo (Einpendler - Auspendler)	91.616	10.439	10.439	
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (Arbeitsort)	1.255.251	28.583	28.583	
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte (Wohnort)	1.244.129	32.390	32.390	
<b>Arbeitsmarktstatistik</b> (Jahresdurchschnittswerte 2009)				
Arbeitslosenquote (in Prozent; auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen)	8,9	13,0	13,0	
Arbeitslose insgesamt	802.421	31.743	31.743	
Männer	439.399	17.259	17.259	
Frauen	363.021	14.484	14.484	
Ausländer	167.549	8.846	8.846	
15 bis unter 25 Jahre	85.196	2.777	2.777	
25 bis unter 50 Jahre	517.852	22.070	22.070	
50 bis unter 65 Jahre	199.353	6.897	6.897	
gemeldete ungeforderte sozialversicherungspflichtige Stellen	57.031	1.690	1.690	
<b>Ausbildungsmarktstatistik</b> (Berichtsjahr 2008/2009) <sup>4)</sup>				
Bewerber für Berufsausbildungsstellen <sup>5)</sup>	136.413	4.483	4.483	
unversorgte Bewerber zum 30.09.	4.355	50	50	
Doppelmeldungen: Bewerber <sup>5)</sup>	534	-	-	
Berufsausbildungsstellen <sup>6)</sup>	94.469	3.091	X	
unbesetzte Berufsausbildungsstellen zum 30.09.	2.264	6	X	
<b>Grundsicherungsstatistik</b> (Jahresdurchschnittswerte 2009) <sup>7)</sup>				
Bedarfsgemeinschaften	817.140	X	35.885	
Personen in Bedarfsgemeinschaften insgesamt	1.619.669	X	70.679	
erwerbsfähige Hilfebedürftige	1.156.657	X	50.715	

Zitierhinweis: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Überblick: Strukturdaten, Agentur für Arbeit Duisburg  
Datenstand April 2010

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit  
Der Inhalt unterliegt urheberrechtlichem Schutz.  
Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit genauer Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte vorbehalten.

### Hinweise:

\*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte <3 und Daten, aus denen sich rechnerisch eine Differenz ermitteln lässt, mit \* anonymisiert. Gleiches gilt, wenn in einer Region weniger als 3 Betriebe ansässig sind oder einer der Betriebe einen so hohen Beschäftigtenanteil auf sich vereint, dass die Beschäftigtenzahl praktisch eine Einzelangabe über den Branchenführer darstellt (Dominanzfall).

- Soweit nicht anders angegeben, wird jeweils die Anzahl berichtet. Aufgrund fehlender Angaben können einzelne Werte geringfügig untererfasst sein.

- Datenrevisionen können zu Abweichungen gegenüber Auswertungen mit früherem Erstellungsdatum führen.

1) Die Wanderungsbewegungen beziehen sich auf die jeweilige Gebietsebene, d.h. z.B. "in den Kreis zugezogen" bzw. "in einen anderen Kreis verzogen", analog bei der Landesebene.

2) Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder orientieren sich grundsätzlich an der politischen Gebietsstruktur; von einer Berechnung der Merkmale für die Gebietsstruktur der Bundesagentur für Arbeit wird daher abgesehen.

3) Daten der Beschäftigungsstatistik sind für drei Jahre nach dem Stichtag vorläufig und können revidiert werden.

4) Das Berichtsjahr 2008/2009 begann am 1. Oktober 2008 und endete am 30. September 2009.

5) Bewerber im BA-IT-System und in der Meldung der zugelassenen kommunalen Träger nach § 51b SGB II enthalten.

6) Nur Daten aus BA-IT-System. Berufsausbildungsstellen können nicht auf Kreisebene ausgewiesen werden.

7) Trägerstrukturen des SGB II sind an der kommunalen Gebietsstruktur ausgerichtet. Daher wird von einer Berechnung der Merkmale für die Gebietsstruktur der Bundesagentur für Arbeit abgesehen.

### Datenquellen:

- Bevölkerungsstatistik: Statistisches Bundesamt bzw. Information und Technik Nordrhein-Westfalen, eigene Berechnungen.

- VGR: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2008), eigene Berechnungen.

- Beschäftigungs-, Arbeitsmarkt-, Ausbildungsmarkt- und Grundsicherungsstatistik: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Angaben speisen sich aus Daten aus dem IT-Vermittlungssystem der BA, aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen zugelassener kommunaler Träger und - sofern keine verwertbaren bzw. plausiblen Daten geliefert wurden - aus ergänzenden Schätzungen der BA.

## Strukturindikatoren des regionalen Arbeitsmarktes

Agentur für Arbeit Duisburg

Indikatoren	Durchschnitt Bund	Land Nordrhein-Westfalen		Agentur für Arbeit Duisburg	Kreis
		Minimum (AA)	Maximum (AA)		Duisburg, Stadt
		1	2		3
<b>Wirtschaftliche Situation (Arbeitsmarkt)</b>					
W1 Beschäftigungsquote insgesamt	50,1	43,2	52,8	45,5	45,5
W2 Beschäftigungsquote der Älteren (55-64 Jahre)	37,3	29,3	41,5	34,2	34,2
W3 Anteil älterer Beschäftigter (55-64 Jahre)	13,2	11,2	14,3	13,3	13,3
W4 Beschäftigungsquote der Frauen	46,6	37,0	48,2	38,6	38,6
W5 Entwicklung der Beschäftigung	-1,6	-12,6	6,1	-6,6	-6,6
W6 Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)	8,2	5,2	13,1	13,0	13,0
W7 Unterbeschäftigungsquote	10,6	7,0	16,4	16,4	16,1
<b>Demographische Entwicklung</b>					
D1 Bevölkerungsentwicklung	-0,3	-4,7	4,2	-4,1	-4,1
D2 Anteil der Bevölkerung unter 25 Jahren	25,0	22,9	29,8	25,2	25,2
D3 Anteil der Bevölkerung ab 50 Jahren	39,3	33,8	42,2	40,1	40,1
D4 Jugend-Alter-Relation in der Bevölkerung	63,7	56,8	85,3	62,7	62,7
D5 Ausländeranteil in der Bevölkerung	8,8	5,4	16,6	16,6	16,6
<b>Soziale Lage</b>					
S1 SGB II - Quote insgesamt	10,3	5,7	18,3	18,2	18,2
S2 SGB II - Quote der unter 15-Jährigen	15,6	7,9	30,1	28,6	28,6
S3 Betreuungsquote der Kinder unter 6 Jahren	56,4	X	X	X	49,3
<b>Bildungslage</b>					
B1 Anteil der höher Qualifizierten an den Beschäftigten	10,4	6,1	19,6	6,7	6,7
B2 Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	4,9	3,0	7,6	5,9	X
B3 Relativer Wanderungssaldo der 18-24-Jährigen	0,6	-2,8	7,5	1,2	1,2
B4 Ausbildungsquote	17,9	11,4	20,8	16,7	16,7

 Zitierrhinweis: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Strukturindikatoren des regionalen Arbeitsmarktes, Agentur für Arbeit Duisburg  
 Datenstand Mai 2010

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

 Der Inhalt unterliegt urheberrechtlichem Schutz.  
 Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit genauer Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte vorbehalten.

Der jeweilige Zeitbezug sowie die exakten Definitionen und die Aussage der einzelnen Indikatoren sind den methodischen Hinweisen auf den nächsten Seiten zu entnehmen. Deren Lektüre wird vor der Interpretation der Kennzahlen dringend empfohlen. Generell kann es aufgrund von Unterschieden zwischen den politischen und agenturbezogenen Grenzen vorkommen, dass die angegebenen Kreis- und Agenturindikatoren nicht zueinander stimmig erscheinen. Die Kreisangaben beziehen sich immer auf die vollständigen Kreise, auch wenn diese nur zum Teil mit dem Agenturbezirk deckungsgleich sind.

## Glossar Strukturdaten

Stand: 20.04.2010

### Bevölkerungsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt)

<b>Bevölkerung</b>	Der Bevölkerungsstand umfasst alle mit alleiniger oder Hauptwohnung gemeldeten Einwohner einer Gemeinde, also auch alle dort gemeldeten Ausländerinnen und Ausländer.
<b>Wanderungssaldo</b>	Die Differenz zwischen den Zuzügen und den Fortzügen wird als Wanderungssaldo bezeichnet. Ein positiver Wanderungssaldo entspricht einem Zuwanderungsgewinn, ein negativer Wanderungssaldo bedeutet einen Abwanderungsverlust. Als Wanderung gilt jedes Beziehen einer Wohnung als alleinige oder Hauptwohnung und jeder Auszug aus einer alleinigen oder Hauptwohnung (Wohnungswechsel). Auch die Änderung des Wohnungsstatus, d. h. die Umwandlung eines Nebenwohnsitzes in einen Hauptwohnsitz gilt als Wanderungsfall. Unberücksichtigt bleiben die Umzüge innerhalb der Gemeinden (Ortsumzüge). Bei den Angaben sind zudem nur diejenigen Zu- und Fortzüge enthalten, welche die entsprechende Gebietsgrenze (Kreis, Agenturbezirk bzw. Bundesland) überschreiten.

### Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder")

<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Die Bruttowertschöpfung, die zu Herstellungspreisen bewertet wird, ergibt sich für jeden Wirtschaftsbereich aus dem Bruttoproduktionswert zu Herstellungspreisen abzüglich der Vorleistungen zu Anschaffungspreisen.
<b>Verfügbares Einkommen</b>	Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (Ausgabenkonzept) ergibt sich dadurch, dass dem Primäreinkommen einerseits die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen. Abgezogen werden dagegen andererseits Einkommen- und Vermögensteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers, die von den privaten Haushalten zu leisten sind. Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte entspricht damit den Einkommen, die den privaten Haushalten letztendlich zufließen und die sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können.

### Beschäftigungsstatistik

<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte</b>	Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die von Arbeitgebern Beitragsanteile nach dem Recht der Arbeitsförderung zu entrichten sind. Wehr- und Zivildienstleistende gelten dann als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihren Dienst aus einem weiterhin bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen Ableistung dieser Dienstzeiten kein Entgelt erhalten. Nicht zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen dagegen Beamte und Beamtinnen, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige.
<b>Wirtschaftssektoren</b>	Entsprechend der volkswirtschaftlichen Betrachtung von Wirtschaftssektoren werden die Wirtschaftsabschnitte in drei Sektoren unterteilt: Primärer Sektor (Landwirtschaft) - Wirtschaftsabschnitt A der Wirtschaftszweigklassifikation WZ 2008, Sekundärer Sektor (Bergbau, Industrie) - Wirtschaftsabschnitte B bis F sowie Tertiärer Sektor (Dienstleistungen) - Wirtschaftsabschnitte G bis U.
<b>Arbeitsort- und Wohnortprinzip</b>	<p><b>Arbeitsortprinzip</b> Alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in der betreffenden Gebietseinheit (z. B. Kreis) arbeiten, unabhängig davon wo sie wohnen. Diese Zahl gibt gleichzeitig an, wieviel sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze es in der Gebietseinheit gibt.</p> <p><b>Wohnortprinzip</b> Alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in der betreffenden Gebietseinheit wohnen, unabhängig davon wo sie arbeiten.</p>
<b>Pendler</b>	<p>Als Pendler (über die Gemeindegrenzen) gelten alle Personen, deren Arbeits- bzw. betrieblicher Ausbildungsplatz in einer anderen Gemeinde als der Wohnsitzgemeinde liegt. Nach der Richtung der Pendelwanderung wird zwischen Auspendlern und Einpendlern unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit bzw. Ausbildung fahren, gelten als Auspendler. Betrachtet man die selben Pendler dagegen von den Zielgemeinden her, in denen die Arbeits- und Ausbildungsstätten liegen, so spricht man von Einpendlern.</p> <p>Pendlerzahlen bzw. -salden für Kreise, Agenturbezirke und Bundesländer enthalten nur diejenigen Pendler, die aus der jeweiligen Gebietseinheit auspendeln bzw. in diese einpendeln. Pendler zwischen Gemeinden innerhalb der jeweiligen Gebietseinheit werden somit nicht als Pendler für diese Gebietseinheit ausgewiesen.</p>
<b>Geringfügig Beschäftigte</b>	<p>In der Statistik der geringfügig Beschäftigten werden Beschäftigte gezählt, die nur eine oder mehrere geringfügig entlohnte oder kurzfristige Beschäftigungen ausüben, die sich – auch bei einer Zusammenrechnung – in den Grenzen des § 8 Abs. 1 SGB IV bewegen. Es wird unterschieden zwischen ausschließlich geringfügig Beschäftigten und geringfügig Beschäftigten im Nebenjob (neben einer voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung).</p> <p>Eine <b>geringfügig entlohnte Beschäftigung</b> nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt (§ 14 SGB IV) regelmäßig im Monat 400 € nicht überschreitet.</p>

## Glossar Strukturdaten

Stand: 20.04.2010

### Arbeitsmarktstatistik

<b>Arbeitslose</b>	<p><b>Arbeitslose</b> sind nach § 16 SGB III Personen, die wie beim Anspruch auf Arbeitslosengeld (vgl. §§ 117-122 SGB III)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen,</li> <li>- eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen und</li> <li>- sich bei der Agentur für Arbeit arbeitslos gemeldet haben (vgl. §§ 2, 16, 327 SGB III).</li> </ul> <p>Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gelten nicht als arbeitslos.</p> <p>Für Hilfebedürftige nach dem SGB II findet nach § 53 a Abs. 1 SGB II die Arbeitslosendefinition des § 16 SGB III sinngemäß Anwendung.</p>
<b>Arbeitslosenquote</b>	<p>Arbeitslosenquoten zeigen die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots an, indem sie die (registrierten) Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (= Erwerbstätige + Arbeitslose) in Beziehung setzen.</p> <p>Bei der Betrachtungsweise mit allen zivilen Erwerbspersonen werden alle zivilen Erwerbstätigen berücksichtigt. Dazu zählen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (einschl. Auszubildende), geringfügig Beschäftigte, Beamte (ohne Soldaten) sowie Selbständige und mithelfende Familienangehörige. Demgegenüber steht die Betrachtungsweise nur mit den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (d. h. ohne Selbständige und mithelfende Familienangehörige).</p>
<b>Stellen</b>	<p><b>Gemeldete Stellen</b> Als gemeldete Stellen gelten von Arbeitgebern bei den Arbeitsagenturen gemeldete und zur Vermittlung freigegebene Stellen mit einer Beschäftigungsdauer von mehr als sieben Kalendertagen.</p> <p><b>Geförderte Stellen</b> Hierzu rechnen Stellen von Personal-Service-Agenturen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten.</p>

### Ausbildungsmarktstatistik

<b>Bewerber</b>	<p>Als <b>Bewerber</b> für Berufsausbildungsstellen zählen diejenigen gemeldeten Personen, die im Berichtsjahr individuelle Vermittlung in eine betriebliche oder außerbetriebliche Berufsausbildungsstelle in anerkannten Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) wünschen und deren Eignung dafür geklärt ist bzw. deren Voraussetzung dafür gegeben ist. Hierzu zählen auch Bewerber für eine Berufsausbildungsstelle in Berufsbildungswerken oder in sonstigen Einrichtungen, die Ausbildungsmaßnahmen für behinderte Menschen durchführen.</p> <p>Zu den Bewerbern für Berufsausbildungsstellen rechnen auch solche Jugendliche, die für eine Berufsausbildung im dualen System vorgemerkt wurden, sich aber im Zuge ihres individuellen Berufswahlprozesses im Laufe des Berichtsjahres aus unterschiedlichen Gründen für andere Ausbildungs-/Bildungsalternativen - wie z. B. Schulbildung, Studium, Aufnahme einer Berufsausbildung außerhalb des dualen Systems oder auch eine Beschäftigung - entscheiden.</p> <p>Unter den gemeldeten Bewerbern befinden sich auch Personen, die die Schule nicht im laufenden Berichtsjahr, sondern im Vorjahr oder in früheren Jahren verlassen haben und somit zusätzlich zum Nachfragepotential des aktuellen Schulentlassjahres eine Ausbildung aufnehmen wollen.</p> <p>Zum Bestand an <b>unversorgten Bewerbern</b> rechnen Kunden, für die weder die Einmündung in eine Berufsausbildung, noch ein weiterer Schulbesuch, eine Teilnahme an einer Fördermaßnahme oder eine andere Alternative zum 30. September bekannt ist und für die Vermittlungsbemühungen laufen.</p> <p>Ab dem Berichtsjahr 2008/2009 werden in den Statistiken zu Bewerbern für Berufsausbildungsstellen die Gesamtergebnisse durch Aufaddierung der Ergebnisse aus den Daten des BA-Verfahrens und den Daten der zugelassenen kommunalen Träger (zKT) publiziert. Die Summe enthält <b>Doppelnennungen</b>, d. h. Bewerber, die sowohl von den Agenturen als auch von den zKT bei der Ausbildungsstellensuche unterstützt wurden und in beiden Verfahren nachgewiesen werden. Solche Doppelnennungen entstehen etwa in Folge des Eintretens von Hilfebedürftigkeit i. S. des SGB II, nachdem der Bewerber über eine Agentur Ausbildung suchte, bzw. umgekehrt bei Wegfall der Bedürftigkeit.</p> <p><b>Hinweise zum Erhebungszeitpunkt:</b> Die Daten aus dem BA-Fachverfahren und die Datenlieferungen der zKT nach § 51b SGB II werden mit Bezug auf einen bestimmten Stichtag aufbereitet. Die Statistik zeigt dabei den zum jeweiligen Statistikstichtag aktuellen Bearbeitungsstand. Die Erhebungszeitpunkte für Bewerber für Berufsausbildungsstellen sind im BA-Verfahren und den zKT identisch. Ausnahme ist der Zähltag im Berichtsmonat September, der im BA-Verfahren am 30. September und bei den zKT Mitte des Monats am allgemeinen Stichtag der Arbeitslosenstatistik liegt. Dieser Unterschied ist technisch begründet.</p> <p>Die Arbeitsverfahren bei den Trägern der Ausbildungsstellenvermittlung sind darauf ausgerichtet, bis zum 30. September möglichst für alle Bewerber eine Einmündung in Ausbildungsstelle zu erreichen oder eine Klärung des Vorhandenseins einer Alternative zur Berufsausbildung herbeizuführen.</p>
-----------------	---

## Glossar Strukturdaten

Stand: 20.04.2010

<b>Berufsausbildungsstellen</b>	<p>Als <b>Berufsausbildungsstellen</b> zählen alle mit einem Auftrag zur Vermittlung gemeldeten und im Berichtsjahr zu besetzenden betrieblichen und außerbetrieblichen Berufsausbildungsstellen für anerkannte Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG), einschließlich der Ausbildungsplätze in Berufsbildungswerken und sonstigen Einrichtungen, die Ausbildungsmaßnahmen für behinderte Menschen durchführen. Als betriebliche Berufsausbildungsstellen zählen gemeldete Berufsausbildungsstellen abzüglich Berufsausbildungsstellen in außerbetrieblichen Einrichtungen, abzüglich Berufsausbildungsstellen für Rehabilitanden mit Ausnahme der nach § 241 Abs. 2 SGB III geförderten Ausbildungsstellen, bis Dez. 2003 abzüglich Berufsausbildungsstellen nach dem "Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit" und (nur Ostdeutschland und Berlin) abzüglich Berufsausbildungsstellen aus ergänzenden Sonderprogrammen des Bundes und der Länder.</p> <p>Zum Bestand an <b>unbesetzten Berufsausbildungsstellen</b> zählen alle betrieblichen Berufsausbildungsstellen, die bis zum jeweiligen Stichtag nicht besetzt und nicht storniert wurden.</p> <p>Die Angaben zu den Ausbildungsstellen enthalten keine Daten von zugelassenen kommunalen Trägern. Nach Einschätzung der Statistik der BA dürften bei den zugelassenen kommunalen Trägern (zKT) nur wenig ungeforderte Ausbildungsstellen nach dem BBiG gemeldet sein, die nicht gleichzeitig bei den Arbeitsgemeinschaften und Arbeitsagenturen erfasst sind. Deshalb wird der Bewerberzahl einschließlich zKT die Zahl der Ausbildungsstellen ohne zKT gegenübergestellt. Die Statistik der BA wird sich darum bemühen, über die bei den zKT gemeldeten Ausbildungsstellen ergänzende Informationen zur Verfügung zu stellen.</p>
---------------------------------	--

### Grundsicherungsstatistik

<b>Bedarfsgemeinschaften</b>	<p>Eine Bedarfsgemeinschaft bezeichnet eine Konstellation von Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Eine Bedarfsgemeinschaft (nach § 7 SGB II) hat mindestens einen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, außerdem zählen dazu:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- weitere erwerbsfähige Hilfebedürftige,</li> <li>- die im Haushalt lebenden Eltern oder der im Haushalt lebende Elternteil eines unverheirateten erwerbsfähigen Kindes, welches das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, und der im Haushalt lebende Partner eines Elternteils,</li> <li>- der nicht dauernd getrennt lebende Ehegatte,</li> <li>- der nicht dauernd getrennt lebende Lebenspartner,</li> </ul> <p>- die Person, die mit dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenlebt, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen,</p> <p>- die dem Haushalt angehörenden unverheirateten Kinder des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen oder seines Partners, wenn sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, soweit sie die Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen beschaffen können.</p> <p>Der Begriff der Bedarfsgemeinschaft ist enger gefasst als derjenige der Haushaltsgemeinschaft respektive Wohnungsgemeinschaft, zu der alle Personen gehören, die auf Dauer mit einer Bedarfsgemeinschaft in einem Haushalt leben und wirtschaften. So zählen z. B. Großeltern und Enkelkinder sowie sonstige Verwandte und Verschwägerte nicht zur Bedarfsgemeinschaft. Von jedem Mitglied der Bedarfsgemeinschaft wird erwartet, dass es sein Einkommen und Vermögen zur Deckung des Gesamtbedarfs aller Angehörigen der Bedarfsgemeinschaft einsetzt (Ausnahme Kinder), eine sog. bedingte Einstandspflicht.</p> <p>Zweckgemeinschaften (z. B. Studenten-WGs) fallen nicht unter die Definition der Bedarfsgemeinschaft.</p>
<b>Hilfebedürftige Personen nach SGB II</b>	<p>Hilfebedürftige Personen nach dem SGB II sind alle Personen, die in einer Bedarfsgemeinschaft als rechtliches Konstrukt nach dem SGB II im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Unter Personen nach dem SGB II werden demnach alle in § 7 SGB II aufgeführten Berechtigten zusammengefasst und setzen sich zusammen aus den erwerbsfähigen und nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen.</p> <p>Kinder mit eigenem, den individuellen Bedarf übersteigendem Einkommen zählen aufgrund fehlender individueller Hilfebedürftigkeit rechtlich nicht zur Bedarfsgemeinschaft. Dennoch werden diese Kinder unter der Zahl der Hilfebedürftigen mit erfasst.</p>
<b>Erwerbsfähige Hilfebedürftige</b>	<p>Als erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb) gelten gemäß § 7 SGB II Personen, die</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- das 15. Lebensjahr vollendet und das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,</li> <li>- erwerbsfähig sind,</li> <li>- hilfebedürftig sind und</li> <li>- ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben.</li> </ul> <p>Als erwerbsfähig gilt gemäß § 8 SGB II, wer nicht durch Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außerstande ist, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarkts mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein.</p> <p>Hilfebedürftig ist gemäß § 9 SGB II, wer seine Eingliederung in Arbeit sowie seinen Lebensunterhalt und den Lebensunterhalt der mit ihm in Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, v. a. nicht durch Aufnahme einer zumutbaren Arbeit oder dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann und die erforderliche Hilfe auch nicht von Anderen (Angehörige, andere Leistungsträger) erhält. Hierzu gehören z. B. auch Jugendliche unter 18 Jahren, die eine Schule besuchen und in einer Bedarfsgemeinschaft leben.</p>

## Methodische Hinweise Strukturindikatoren

Stand: 17.05.2010

Alle Daten zur Bevölkerung beziehen sich auf die Wohnbevölkerung.

### W1 Beschäftigungsquote insgesamt

<b>Zähler</b>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte von 15 bis unter 65 Jahren (nach dem Wohnortprinzip)
<b>Nenner</b>	Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren
<b>Zeitbezug Zähler</b>	30.06.2009
<b>Zeitbezug Nenner</b>	31.12.2008
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	<p>Der Indikator gibt den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 15 bis unter 65 Jahren an der gleichaltrigen Bevölkerung an. Beamte, Selbständige und andere nicht sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige sind in der Kennzahl nicht berücksichtigt. Personen in Vollzeit- und in Teilzeitbeschäftigung werden gleichermaßen gezählt, so dass unterschiedliche Arbeitszeitvolumina keinen Einfluss auf den Indikator haben.</p> <p>Die Beschäftigungsquote ist als ein Schlüsselindikator zur Beurteilung des Beschäftigungsstandes in einer Region zu beurteilen. Sie zeigt an, in welchem Umfang sich soziodemographische Voraussetzungen, insbesondere Zahl und Struktur der Bevölkerung, auf die Beschäftigung auswirken. Die Nennergröße, die Zahl der erwerbsfähigen Personen von 15 bis unter 65 Jahren, hängt von mehreren Faktoren ab. Geburtenentwicklung und Lebenserwartung wirken eher langfristig, kurz-, mittel- und langfristigen Einfluss haben Wanderungen und Pendlerströme. Welcher Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht, unterliegt ebenfalls vielfältigen, regional unterschiedlich ausgeprägten Einflüssen. Dazu gehören die Erwerbsneigung in der Bevölkerung, die Wirtschaftslage der Unternehmen sowie qualitative Aspekte des Zusammenspiels von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage, darunter auch die Arbeitsmarktpolitik.</p>

### W2 Beschäftigungsquote der Älteren (55-64 Jahre)

<b>Zähler</b>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Alter von 55 bis unter 65 Jahren (nach dem Wohnortprinzip)
<b>Nenner</b>	Bevölkerung von 55 bis unter 65 Jahren
<b>Zeitbezug Zähler</b>	30.06.2009
<b>Zeitbezug Nenner</b>	31.12.2008
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	<p>Der Indikator gibt einen Hinweis auf den Grad der Beschäftigung Älterer und kann somit spezifische Potenziale und Bedarfe der Beschäftigungsförderung in dieser Altersgruppe aufzeigen. Von einer hohen Beschäftigungsquote Älterer können einerseits positive Auswirkungen im Hinblick auf die soziale Integration ausgehen, andererseits ist sie eine wichtige Voraussetzung, um die Folgen des demographischen Wandels auf die sozialen Sicherungssysteme beherrschbar zu machen.</p> <p>Auf die Neigung Älterer, am Erwerbsleben teilzunehmen und auf die Bereitschaft von Betrieben, ältere Beschäftigte länger zu halten oder neu einzustellen, kann mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten Einfluss genommen werden. Auf individueller Ebene sind die Anreize von hoher Bedeutung, die mit einem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben einerseits und mit einer längeren Erwerbsarbeit andererseits verbunden sind.</p>

### W3 Anteil älterer Beschäftigter (55-64 Jahre)

<b>Zähler</b>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte von 55 bis unter 65 Jahren (nach dem Wohnortprinzip)
<b>Nenner</b>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte von 15 bis unter 65 Jahren (nach dem Wohnortprinzip)
<b>Zeitbezug</b>	30.06.2009
<b>Quelle</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Aussage</b>	Hohe Anteile älterer Beschäftigter können auf hohe Abgänge in Folgejahren hinweisen. Mögliche Folgen sind ein entsprechender Ersatzbedarf seitens der Unternehmen, aber bei hoher Arbeitslosigkeit auch anstehende Entlastungen des Arbeitsmarkts, falls der Nachwuchs gering ist.



## Methodische Hinweise Strukturindikatoren

Stand: 17.05.2010

Alle Daten zur Bevölkerung beziehen sich auf die Wohnbevölkerung.

### W4 Beschäftigungsquote der Frauen

<b>Zähler</b>	Weibliche sozialversicherungspflichtig Beschäftigte von 15 bis unter 65 Jahren (nach dem Wohnortprinzip)
<b>Nenner</b>	Weibliche Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren
<b>Zeitbezug Zähler</b>	30.06.2009
<b>Zeitbezug Nenner</b>	31.12.2008
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	Der Indikator gibt einen Hinweis auf den Grad der Beschäftigung von Frauen. Er kann Potenziale und Bedarfe für die Förderung der Beschäftigung von Frauen aufzeigen, aber auch anzeigen, wo die Beschäftigung von Frauen bereits ein hohes Niveau erreicht hat. Bei der Bewertung der Kennzahl sind geschlechtsspezifisch unterschiedliche Beschäftigungsstrukturen zu berücksichtigen, darunter die deutlich höheren Anteile von Teilzeitbeschäftigung bei Frauen sowie Berufs- und Branchenpräferenzen. Hohe bzw. niedrige Quoten können das Vorhandensein bzw. Fehlen spezifischer Beschäftigungssegmente oder Elemente im Branchenmix einer Region anzeigen.

### W5 Entwicklung der Beschäftigung

<b>Zähler</b>	Differenz von Endbestand und Anfangsbestand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 15 bis unter 65 Jahren (nach dem Wohnortprinzip)
<b>Nenner</b>	Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 15 bis unter 65 Jahren am Anfang des Betrachtungszeitraums (nach dem Wohnortprinzip)
<b>Zeitbezug</b>	Ausgangszeitpunkt = 30.06.2000; Endzeitpunkt = 30.06.2009
<b>Quelle</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Aussage</b>	Veränderungsrate der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten über die letzten 8 Jahre hinweg; Wachstum, wenn positiv; Schrumpfung, wenn negativ. Die Veränderungsrate mittelt über die Konjunkturphasen hinweg: in Deutschland kann man bundesweit von einem konjunkturellen Hoch im Jahr 2000, einem Tief im Jahr 2005 und einem erneuten Hoch im Jahr 2008 ausgehen. Die Rate wird für die Teilgruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von 15 bis unter 65 Jahren nach dem Wohnortprinzip berechnet. Sie stellt insoweit die Entwicklung der Beschäftigung der Wohnbevölkerung dar, nicht die der (ungefähren) Zahl der Arbeitsplätze in einer Region.

### W6 Arbeitslosenquote

<b>Zähler</b>	Arbeitslose
<b>Nenner</b>	alle zivile Erwerbspersonen
<b>Zeitbezug Zähler</b>	Jahresdurchschnitt 2009
<b>Zeitbezug Nenner</b>	wird i. d. R. im Mai überwiegend auf Basis von Daten aus dem Juni des Vorjahres neu berechnet und für 12 Monate genutzt
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Arbeitslosenstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Statistik der BA unter Verwendung von Daten des Statistischen Bundesamtes: Bezugsgröße für die Arbeitslosenquote/ Unterbeschäftigungsquote; diese Bezugsgröße ist nicht zur weiteren Verwendung zugelassen.
<b>Aussage</b>	Dieser Indikator zeigt an, inwieweit Beschäftigungsmöglichkeiten für Erwerbspersonen in einem bestimmten Gebiet vorhanden sind. Beeinflusst wird die Höhe der Arbeitslosigkeit unter anderem durch konjunkturelle Schwankungen sowie durch strukturelle Besonderheiten. Neben der Arbeitslosigkeit nach gesetzlicher Definition sollte die Unterbeschäftigung in einer Region (siehe W7) differenziert in die Bewertung einbezogen werden.

## Methodische Hinweise Strukturindikatoren

Stand: 17.05.2010

Alle Daten zur Bevölkerung beziehen sich auf die Wohnbevölkerung.

### W7 Unterbeschäftigungsquote

<b>Zähler</b>	Personen in Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)
<b>Nenner</b>	alle zivile Erwerbspersonen plus Teilnehmer an entlastenden Maßnahmen, die keine Erwerbstätigkeit fördern (also ohne geförderte Selbständigkeit, Kurzarbeit, Beschäftigungsschaffende Maßnahmen und Altersteilzeit)
<b>Zeitbezug Zähler</b>	Jahresdurchschnitt 2009
<b>Zeitbezug Nenner</b>	wird i. d. R. im Mai überwiegend auf Basis von Daten aus dem Juni des Vorjahres neu berechnet und für 12 Monate genutzt
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Arbeitslosenstatistik, Förderstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Zivile Erwerbspersonen: Statistik der BA unter Verwendung von Daten des Statistischen Bundesamtes – Bezugsgröße für die Arbeitslosenquote/ Unterbeschäftigungsquote; diese Bezugsgröße ist nicht zur weiteren Verwendung zugelassen. Teilnehmer an entlastenden Maßnahmen: Statistik der BA
<b>Aussage</b>	Berücksichtigung finden in dieser Quote neben registrierter Arbeitslosigkeit auch Personen, die aufgrund der Teilnahme an Maßnahmen nicht arbeitslos sind oder nahe am Arbeitslosenstatus sind. Als Beispiele können genannt werden: Trainingsmaßnahmen, Qualifizierungsmaßnahmen, zweiter Arbeitsmarkt. Hinsichtlich des Niveaus wird ein möglichst umfassendes Bild des Defizits an regulärer Beschäftigung in einer Volkswirtschaft gegeben. In Bezug auf intertemporale Vergleiche lässt sich sagen: Realwirtschaftlich bedingte Einflüsse auf den Arbeitsmarkt können anhand dieser Quote gut erkannt werden, weil der Einsatz entlastender Arbeitsmarktpolitik zwar die Arbeitslosigkeit, nicht aber die Unterbeschäftigung verändert. Auch für interregionale Vergleiche bietet diese Quote gute Voraussetzungen: Realwirtschaftlich bedingte Unterschiede zwischen den Regionen werden gut erkannt, weil der Einsatz entlastender Arbeitsmarktpolitik in der Unterbeschäftigung berücksichtigt wird. Daten über Altersteilzeitfälle nach dem Altersteilzeitgesetz sind auf Kreisebene und in der SGB II-Gebietsstruktur nicht auswertbar, aus diesem Grund ist die Unterbeschäftigung für Kreise und SGB II-Träger unterzeichnet.

### D1 Bevölkerungsentwicklung

<b>Zähler</b>	Differenz von Endbestand und Anfangsbestand der Bevölkerung
<b>Nenner</b>	Bevölkerung im Ausgangsjahr
<b>Zeitbezug</b>	Ausgangszeitpunkt = 31.12.2000; Endzeitpunkt = 31.12.2008
<b>Quelle</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	Die Bevölkerungsentwicklung ist Ergebnis des Zusammenspiels von Geburten, Sterbefällen und Wanderungen in einem Raum und einem Zeitabschnitt. Bei Wanderungen ist zwischen Binnenwanderungen innerhalb Deutschlands (z. B. zwischen Agenturbezirken) und Zu- und Abwanderung aus dem bzw. in das Ausland zu unterscheiden.  Der in den kommenden Jahrzehnten im Zuge des demographischen Wandels stattfindende Bevölkerungsrückgang in Deutschland wird regional sehr unterschiedlich ablaufen. Bereits heute stehen schrumpfenden Regionen stagnierende und solche mit Bevölkerungsgewinnen gegenüber. Bevölkerungsrückgang – insbesondere infolge altersspezifischer Abwanderung (siehe Indikator B3) – kann einerseits Folge eines problematischen regionalen Arbeitsmarkts sein, wirkt andererseits aber auch auf den Arbeitsmarkt zurück: Ein Rückgang des Arbeitskräfteangebots hat entlastende Effekte, stellt aber auch einen Standortnachteil für Unternehmen und somit ein mögliches Investitionshemmnis dar. Nachteilig für die Investitionsneigung kann auch der Rückgang der regionalen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen infolge von Bevölkerungsverlusten sein. Bevölkerungszunahme wirkt jeweils in die entgegengesetzte Richtung. Durch die Wahl des Zeitraums mittelt der Indikator über eventuell vorhandene Phasen unterschiedlicher Dynamik hinweg, ist aber auch weniger beeinflusst durch kurzfristige aktuelle Veränderungen.

## Methodische Hinweise Strukturindikatoren

Stand: 17.05.2010

Alle Daten zur Bevölkerung beziehen sich auf die Wohnbevölkerung.

### D2 Anteil der Bevölkerung unter 25 Jahren

<b>Zähler</b>	Bevölkerung unter 25 Jahren
<b>Nenner</b>	Bevölkerung insgesamt
<b>Zeitbezug</b>	31.12.2008
<b>Quelle</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	<p>Bei diesem Indikator sind zwei Altersgruppen zu unterscheiden. Hohe Anteile der unter 15-Jährigen deuten auf eine überdurchschnittliche Attraktivität für Familien mit Kindern hin, die z. B. häufig im Umland der Kernstädte von Verdichtungsräumen zu finden ist. Unter demographischen Gesichtspunkten und somit auch mit Blick auf die Attraktivität als Wirtschaftsstandort sind dies gute Voraussetzungen, insbesondere wenn die Indikatoren zu sozialer Lage und Bildungsstand (siehe S und B) positiv sind. Ob diese Altersgruppe jedoch für Ausbildung und Erwerbstätigkeit später in der Region bleibt oder abwandert, hängt stark von den Möglichkeiten des regionalen Arbeitsmarkts und den (Aus-)bildungsangeboten ab.</p> <p>Entsprechend weisen höhere Anteile in der Gruppe der 15-24-Jährigen darauf hin, dass ein vielfältiges Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot in einer Region erwartet und/oder vorgefunden wird. Dies bedeutet einerseits einen höheren Druck auf den Arbeitsmarkt, andererseits aber auch eine überdurchschnittliche Attraktivität als Wirtschaftsstandort. Bei der Interpretation dieser Kennzahl sollte somit auch der Wanderungssaldo der 18- bis 24-Jährigen (siehe B3) beachtet werden.</p>

### D3 Anteil der Bevölkerung ab 50 Jahren

<b>Zähler</b>	Bevölkerung 50 Jahre und älter
<b>Nenner</b>	Bevölkerung insgesamt
<b>Zeitbezug</b>	31.12.2008
<b>Quelle</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	<p>Hohe Werte bei diesem Indikator können u. a. Folge der Zuwanderung Älterer, insbesondere von Altersruhesitzwanderern, oder der Abwanderung jüngerer Altersgruppen sein (siehe B3). Hohe Anteile der 50- bis 64-Jährigen weisen in eine ähnliche Richtung wie Indikator W3 und geben somit Hinweise auf mögliche anstehende Entlastungen des Arbeitsmarkts. Überdurchschnittliche Werte bei diesem Indikator sind mit Blick auf die Attraktivität als Wirtschaftsstandort insbesondere dann kritisch zu beurteilen, wenn sie mit der Abwanderung Jüngerer und einer problematischen sozialen Lage (siehe B3 und S) einhergehen.</p>

### D4 Jugend-Alter-Relation in der Bevölkerung

<b>Zähler</b>	Bevölkerung unter 25 Jahren
<b>Nenner</b>	Bevölkerung 50 Jahre und älter
<b>Zeitbezug</b>	31.12.2008
<b>Quelle</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	<p>Dieser Indikator gibt an, wie viele unter 25-Jährige auf jeweils 100 Personen über 50 Jahre entfallen. Hohe Werte bei diesem Indikator deuten auf eine relativ junge Bevölkerung hin, niedrige auf eine möglicherweise problematische Überalterung. Mögliche Einflussfaktoren sind neben der Geburtenrate insbesondere altersspezifische Wanderungen. Hohe Werte weisen insbesondere dann auf gute Bedingungen einer Region als Wirtschaftsstandort hin, wenn soziale Lage (siehe S) und Bildung (siehe B) positiv zu bewerten sind. Niedrige Werte können auf aktuelle oder künftige Probleme für Unternehmen hindeuten, ihren Arbeitskräftebedarf zu decken.</p>

## Methodische Hinweise Strukturindikatoren

Stand: 17.05.2010

Alle Daten zur Bevölkerung beziehen sich auf die Wohnbevölkerung.

### D5 Ausländeranteil in der Bevölkerung

<b>Zähler</b>	Ausländische Bevölkerung
<b>Nenner</b>	Bevölkerung insgesamt
<b>Zeitbezug</b>	31.12.2008
<b>Quelle</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	<p>Ein hoher Ausländeranteil deutet auf eine vergangene oder noch anhaltende Attraktivität einer Region als Ziel von Zuwanderung aus dem Ausland hin. Die Werte sind insgesamt in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland und in Verdichtungsräumen höher als in Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte. Hohe Ausländeranteile können sich, zusammen mit einer höheren Geburtenrate der ausländischen Bevölkerung, demographisch und mit Blick auf die Angebotsseite des Arbeitsmarkts positiv auswirken. Positive Effekte sind auch unter dem Gesichtspunkt der Vielfalt in Gesellschaft und Arbeitsmarkt denkbar. Kritisch zu beurteilen sind hohe Ausländeranteile, wo Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt nicht wie gewünscht gelingen und Ausländer weit überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind.</p> <p>Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 und der damit zusammenhängenden erleichterten Einbürgerung ist der Anteil deutscher Staatsangehöriger mit einem Migrationshintergrund deutlich angestiegen. Der Ausländeranteil gibt somit nur begrenzt Auskunft über die zahlenmäßige Bedeutung von Zuwanderern aus dem Ausland und deren Nachkommen in einer Region.</p>

### S1 SGB-II-Quote (insgesamt)

<b>Zähler</b>	hilfebedürftige Personen nach SGB II (erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige)
<b>Nenner</b>	Bevölkerung bis unter 65 Jahre
<b>Zeitbezug Zähler</b>	Jahresdurchschnitt 2009 mit dreimonatiger Wartezeit
<b>Zeitbezug Nenner</b>	31.12.2008
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Grundsicherungsstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	<p>Bei den derzeit ausgewiesenen hilfebedürftigen Personen handelt es sich überwiegend um Leistungsempfänger, aber auch um Personen im Umfeld der Bedarfsgemeinschaft (enthalten sind beispielsweise auch Kinder in BG, die aufgrund von eigenem Einkommen selbst nicht hilfebedürftig sind).</p> <p>Der Indikator spiegelt das relative Ausmaß der auf Grundsicherungsleistungen angewiesenen Personen in einer Region wider. Hohe Werte bilden tendenziell längerfristige, verfestigte soziale Problemlagen in einer Region und dem jeweils zugehörigen Arbeitsmarkt mit seiner ökonomischen Struktur ab – es handelt sich um Regionen mit wenig Bewegung und Aufnahmefähigkeit auf dem Arbeitsmarkt.</p>

## Methodische Hinweise Strukturindikatoren

Stand: 17.05.2010

Alle Daten zur Bevölkerung beziehen sich auf die Wohnbevölkerung.

### S2 SGB-II-Quote der unter 15-Jährigen

<b>Zähler</b>	hilfebedürftige Personen nach SGB II unter 15 Jahren (nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige)
<b>Nenner</b>	Bevölkerung bis unter 15 Jahre
<b>Zeitbezug Zähler</b>	Jahresdurchschnitt 2009 mit dreimonatiger Wartezeit
<b>Zeitbezug Nenner</b>	31.12.2008
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Grundsicherungsstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	<p>Alle Personen innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft, die noch nicht im erwerbsfähigen Alter sind (unter 15 Jahren), können als nicht erwerbsfähige Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft bei Hilfebedürftigkeit Leistungen erhalten.</p> <p>Die Betroffenheit nicht erwerbsfähiger Hilfebedürftiger von Grundsicherungsleistungen ist in mehrerlei Hinsicht als problematisch einzuschätzen. Der Bezug von Grundsicherungsleistungen kann Ursache für ungleiche soziale Rahmenbedingungen und Zugangsvoraussetzungen zu gesellschaftlichen Einrichtungen bereits im Kindes- und Jungendalter sein. Zudem verbleiben Bedarfsgemeinschaften mit nicht erwerbsfähigen Kindern länger im Bezug von Leistungen nach dem SGB II als andere Bedarfsgemeinschaftstypen; insofern kann aus diesen Problemlagen die Gefahr einer Verfestigung des Grundsicherungsanspruchs in den betroffenen Bedarfsgemeinschaften und ihren Mitgliedern resultieren.</p>

### S3 Betreuungsquote der Kinder unter 6 Jahren

<b>Zähler</b>	Kinder unter 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege
<b>Nenner</b>	Bevölkerung bis unter 6 Jahre
<b>Zeitbezug Zähler</b>	01.03.2009
<b>Zeitbezug Nenner</b>	31.12.2008
<b>Quelle Zähler</b>	<p>Statistisches Bundesamt; die Daten entstammen dem Bericht „Kindertagesbetreuung regional 2009 - Ein Vergleich aller 413 Kreise in Deutschland“ (<a href="https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&amp;ID=1025178">https://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&amp;ID=1025178</a>).</p> <p>Die Daten liegen nicht auf Agenturebene vor und können ausschließlich auf Kreisebene ausgewiesen werden.</p>
<b>Quelle Nenner</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	<p>Die Betreuungsquote gibt Auskunft über die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen (Kindergärten u. a.) und in der Kindertagespflege (Tagesmütter und Tagesväter). Die Bereitstellung und Nutzung entsprechender Angebote kann vor dem Hintergrund demographischer sowie sozial- und arbeitsmarktpolitischer Aspekte betrachtet werden. So können entsprechende Betreuungsmöglichkeiten Paare bei der Realisierung ihrer Kinderwünsche unterstützen und somit positiv auf die Geburtenrate wirken. Zu den sozialen Aspekten zählen Erziehung und Bildung sowie die Vermittlung von Sozialisationserfahrungen. Arbeitsmarktpolitisch sind Angebote der Kindertagesbetreuung wichtige Elemente, um Müttern und Vätern bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen.</p> <p>Altersspezifische Betreuungsquoten unterscheiden sich regional zum Teil erheblich. So nehmen in Ostdeutschland Eltern von Kindern unter 3 Jahren deutlich häufiger ein Betreuungsangebot in einer Kindertageseinrichtung in Anspruch als in den westdeutschen Bundesländern. Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren sind sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland zu sehr hohen Anteilen in Kindertagesbetreuung. Aufgrund des Nachholbedarfs kam es zuletzt in Westdeutschland zu einem teils deutlichen Anstieg der Betreuungsquote; aber auch in Ostdeutschland stieg die Betreuungsquote weiter an.</p>

## Methodische Hinweise Strukturindikatoren

Stand: 17.05.2010

Alle Daten zur Bevölkerung beziehen sich auf die Wohnbevölkerung.

### B1 Anteil der höher Qualifizierten an den Beschäftigten

<b>Zähler</b>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss (nach dem Wohnortprinzip)
<b>Nenner</b>	alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (nach dem Wohnortprinzip)
<b>Zeitbezug</b>	30.06.2009
<b>Quelle</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Aussage</b>	Ein hoher Anteil höher qualifizierter Personen in einer Region kann zum einen das regionenspezifische, gut ausgebildete Arbeitsmarktpotenzial abbilden, zum anderen weist es auf günstige Voraussetzungen einer Region als Anziehungspunkt für neue wirtschaftliche Ansiedelungen hin. Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass die Dimension Ausbildung im Datenbestand hohe Anteile mit den Ausprägungen „Ausbildung unbekannt“ bzw. „keine Zuordnung möglich“ aufweist: Auf Agenturebene lagen diese Anteile 2008 zwischen 8% und 30%.

### B2 Anteil der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss

<b>Zähler</b>	Schulentlassene aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen ohne Hauptschulabschluss
<b>Nenner</b>	Schulentlassene aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen
<b>Zeitbezug</b>	Abgangsjahr 2008
<b>Quelle</b>	Statistisches Bundesamt
<b>Aussage</b>	In der Quote sind die Schulentlassenen aus allgemeinbildenden Schulen (Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Integrierten Gesamtschulen, Freien Waldorfschulen und Sonderschulen) und aus beruflichen Schulen (Berufsfachschulen, Fachoberschulen, Fachgymnasien und Kollegschulen) enthalten. Als Absolventen oder Abgänger gelten alle Schulabgänger, die mit oder nach erfüllter Vollzeitschulpflicht eine der genannten Schularten verlassen. Relevant ist dabei der letzte erworbene allgemeinbildende Abschluss.  Mit dem Indikator nach der hier verwendeten Definition wird ein Absolventenbestand betrachtet, der für eine anschließende Ausbildung in Frage kommt und damit ggf. die Vermittlungs- und Beratungsdienste der BA in Anspruch nimmt oder als Nachfrager für einen Studienplatz gilt. Hohe Anteile von Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss weisen zum einen auf schlechte Chancen für Unternehmen auf adäquate Stellenbesetzungen hin, auf der anderen Seite kann der Indikator auch als Hinweis auf einen wenig attraktiven Wirtschaftsstandort mit einem Branchenmix interpretiert werden, der in einem unterdurchschnittlichen Ausmaß durch höhere Bildungsabschlüsse geprägt ist. Festzuhalten ist, dass sich für Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss nur wenige Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt ergeben. Die Quote kann nicht berücksichtigen, wie viele der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss beabsichtigen, einen qualifizierten Schulabschluss nachzuholen.

### B3 Relativer Wanderungssaldo der 18-24-Jährigen

<b>Zähler</b>	Saldo aus Zu- und Fortzügen der 18 bis unter 25-Jährigen
<b>Nenner</b>	Bevölkerung von 18 bis unter 25 Jahren
<b>Zeitbezug Zähler</b>	Kalenderjahr 2008
<b>Zeitbezug Nenner</b>	31.12.2008
<b>Quelle</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	Ein positiver Wanderungssaldo der 18-24-Jährigen in einer Region deutet auf einen Arbeitsmarkt hin, der durch ein entsprechendes Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzangebot Zukunftsperspektiven für Jüngere bereit hält. Dementsprechend ist ein Mehr an Fortzügen als Indikator für ein geringes Arbeitsangebot und wenig Möglichkeiten für zukunftsichernde individuelle Planung Jüngerer zu bewerten. Bei der Analyse und Interpretation der Ergebnisse ist das Vorhandensein bzw. Fehlen von Standortfaktoren zu berücksichtigen, die Zu- und Fortzüge begünstigen, wie etwa Hochschulen.

## Methodische Hinweise Strukturindikatoren

Stand: 17.05.2010

Alle Daten zur Bevölkerung beziehen sich auf die Wohnbevölkerung.

### B4 Ausbildungsquote

<b>Zähler</b>	Auszubildende im Alter von 15 bis unter 25 Jahren
<b>Nenner</b>	Bevölkerung von 15 bis unter 25 Jahren
<b>Zeitbezug</b>	31.12.2008
<b>Quelle Zähler</b>	Statistik der BA: Beschäftigungsstatistik
<b>Quelle Nenner</b>	Statistisches Bundesamt bzw. Statistische Landesämter
<b>Aussage</b>	<p>Der Indikator nach der hier verwendeten Definition gibt den Anteil der Auszubildenden an der gleichaltrigen Bevölkerung an. Ein wichtiger Bestimmungsfaktor ist das Ausbildungsangebot der Betriebe. Mit Blick darauf können regionale Unterschiede der Ausbildungsquote zum einen auf unterschiedliche Branchenstrukturen zurückgeführt werden. So lassen sich Wirtschaftszweige und Berufsbereiche mit einer langen Tradition der dualen Berufsausbildung wie das Handwerk oder die gewerblich-technischen Berufe von Bereichen mit geringerer Ausbildungstradition und Ausbildungsneigung, insbesondere in Teilen des Dienstleistungssektors, unterscheiden. Zum anderen können Betriebsgrößenstrukturen regionale Unterschiede bedingen: Größere Betriebe beteiligen sich häufiger an der Ausbildung als Kleinbetriebe, bei letzteren liegen aber bei innerbetrieblicher Betrachtung die Anteile der Auszubildenden an den Beschäftigten im Durchschnitt höher als bei ersteren. Des Weiteren wirken die konjunkturelle Lage und die regionale Arbeitsmarktverfassung auf das Angebot an Ausbildungsplätzen und somit auf die Ausbildungsquote.</p> <p>Ein weiterer Einflussfaktor ist die Nachfrage nach Ausbildungsstellen. Ein annähernd konstantes Bildungswahlverhalten der Jugendlichen und jungen Erwachsenen vorausgesetzt, ist vor allem in vielen ostdeutschen Regionen mit sinkenden Zahlen an Schulabsolventen und somit einer geringeren Nachfrage zu rechnen, während in vielen Regionen Westdeutschlands zumindest mittelfristig mit einer konstanten, kurzfristig teilweise steigenden Nachfrage nach Berufsausbildungen gerechnet werden kann. Mit einer geringen Ausbildungsquote kann einerseits eine höhere Jugendarbeitslosigkeit einhergehen, andererseits kann sie auf mittlere Sicht Fachkräftemangel zur Folge haben.</p>

## Statistik-Infoseite

Im **Internet** finden Sie weiterführende Informationen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit unter:

<http://statistik.arbeitsagentur.de>

---

**Statistische Daten** erhalten Sie unter "Statistik nach Themen":

<http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/interim/statistik-themen/index.shtml>

Es werden folgende Themenbereiche angeboten:

[Arbeitsmarkt](#)  
[Ausbildungsmarkt](#)  
[Beschäftigung](#)  
[Förderung](#)  
[Grundsicherung für Arbeitsuchende \(SGB II\)](#)  
[Leistungen nach dem SGB III](#)  
[Kreisdaten](#)  
[Zeitreihen](#)  
[Eingliederungsbilanzen](#)  
[Eingliederung behinderter Menschen](#)

Daten bis 12/2004 finden Sie unter dem Menüpunkt "Archiv bis 2004"

---

**Glossare** zu den verschiedenen Fachstatistiken finden Sie hier:

<http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/interim/grundlagen/glossare/index.shtml>

Es werden folgende Themenbereiche angeboten:

[Arbeitsmarkt](#)  
[Ausbildungsstellenmarkt](#)  
[Beschäftigung](#)  
[Förderstatistik/Eingliederungsbilanzen](#)  
[Grundsicherung für Arbeitsuchende \(SGB II\)](#)  
[Leistungen SGB III](#)

---

**Hintergründe zur Statistik** nach dem SGB II und III und zur Datenübermittlung nach § 51b SGB II finden Sie unter dem Auswahlpunkt "Grundlagen":

<http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/interim/grundlagen/index.shtml>